

Gegenstand: Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes nach § 30 GemO

Eine Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes findet nicht statt, weil Frau Behnecke durch den Fraktionsvorsitzenden der AfD ausgerichtet lässt, dass sie aus privaten Gründen das Mandat nicht annehmen kann.

Die Vorsitzende informiert, dass sie eine entsprechende schriftliche Erklärung erwartet, um das weitere Nachbesetzungsverfahren einleiten zu können, da nach § 44 Abs. 2 KWG das Mandat als angenommen gilt, wenn nicht fristgerecht abgesagt wird.

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Wünsche, Vorschläge, Fragen oder Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

Gegenstand: Haushalte 2023 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung; Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen - Haushaltsbeschlussfassung

Haushaltsreden der Fraktionen:

SPD-Stadtratsfraktion – Philipp Brandenburger:

Nach 2 Pandemie Jahren ist 2022 das 3. Krisenjahr in Folge mit Krieg in der Nachbarschaft. Begrüßt werden die Vorbereitungen zur Krisenbewältigung, die hoffentlich nie greifen müssen.

Thematisiert wird die weitere Entwicklung am Beispiel des ehemaligen Stiftungs-Krankenhaus. In der Krise ungemein nützlich, fordert die SPD für die weitere Entwicklung eine umfassende Bürgerbeteiligung. Dabei sollte nicht nur an Wohnbebauung gedacht werden, sondern an ein Therapie-, Pflege- und Gesundheitszentrum für Senioren. Zum zeitlichen Horizont wird an die Planungs- und Vergabevorgaben erinnert.

Ein ausgeglichener Haushalt ist ein großer Erfolg, er richtet seinen Dank an alle Beteiligten.

Weitere Themen der Haushaltsrede sind Investitionen, die regionale Verkehrsentwicklung, eine weitere Rheinquerung, Wohnraum, ein eigenes Gesundheitsamt für Speyer sowie der Digitalpakt für Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Die SPD trägt folgende **Anregung** vor: ein- bis zweimal die Woche ein kostenfreies Mittagessen in den Spielstuben Sara Lehmann und Nordpol.

Daneben müssen Sportvereine und Kulturangebote gefördert werden, die Folgen der Pandemie sind bereits im Sozialverhalten zu bemerken.

Er verweist auf die Anträge der SPD, die in den Sozialen Medien und auf der Webseite der SPD nachzulesen sind.

Die SPD stimmt dem Haushalt mit den üblichen Einschränkungen bei Flugplatz und S-Bahn-Halt Süd zu.

CDU-Stadtratsfraktion – Dr. Axel Wilke:

Nach der Corona-Zeit liegt seit dem brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine ein neuer langer Schatten über dem Land, mit Auswirkungen auch auf die Stadt. Sein Dank geht an den Katastrophenschutz und an das Jugendamt, für die Betreuung jugendlicher Flüchtlinge sowie an die Tafel und das Projekt Mahlzeit. Er ist stolz auf die Speyerer Kultur des Helfens.

Trotz der Krise ist noch keine Auswirkungen auf den Haushalt erkennbar. 60 Mio. € Gewerbesteuerereinnahmen erscheinen dank der Leistung der Gewerbetreibenden und deren Mitarbeitern nicht unmöglich. Der weitere Schuldenabbau ist mit Blick auf die Zinsentwicklung wichtig, insbesondere bei den Altschulden für Kassenkredite. Dabei deutet sich der Finanzausgleich des Landes nach zwei Niederlagen vor Gericht wieder als Mogelpackung an.

Die Fußangeln stehen im Kleingedruckten, wie der Gesetzentwurf zeigt; da muss noch ordentlich nachgebessert werden.

2023 muss das Jahr des wesentlichen Schrittes im Klimaschutz werden. Eine Nachfolgeregelung für das Klimaschutzkonzept ist notwendig und seit einem Jahr überfällig. Die Fernwärmeversorgung aus MA soll bis 2035 vollständig auf nachhaltige Quellen umgestellt werden. Dazu muss im Oberrheingraben auch Erdwärme geprüft werden. Der Dank geht an die SWS für den frühzeitigen Einstieg in das Thema.

Für die Klimaschutz-Ratssitzung im März **beantragt** die CDU eine Übersicht, welche Schulen und Verwaltungsgebäude mit PV-Anlagen ausgestattet werden können. Die Energiebilanz städtischer Gebäude wird nicht ausgenutzt, wie das Beispiel Haus der Vereine zeigt.

Weitere Themen sind die Innenstadt als Standortfaktor, die Begrünung der Innenstadt mit der Neugestaltung des Sankt-Guido-Stifts-Platzes und der Fassadenbegrünung des Gebäudes in der Salzgasse sowie Green Building beim Stiftungs Krankenhaus und einer Transformation am Beispiel der Sparkasse durch einen städtebaulichen Wettbewerb.

Wichtig ist auch die Erreichbarkeit der Innenstadt ohne Durchgangsverkehr. Der mehrjährige Verkehrsversuch wird begrüßt. Das Parkverbot auf dem Königsplatz am Freitag bis Mitternacht wegen Wochenmarkt am Samstag ist unverhältnismäßig.

Prävention ist in Gesundheitsfragen das Gebot der Stunde. 2021 wurde eine ½ Stelle beantragt zur Verbesserung der Angebote. Die Streichung der bisher unbesetzten Stelle durch die Verwaltung sei ein unfreundlicher Akt gegenüber dem Souverän Stadtrat. Daher stellt die CDU den **Antrag**, die ½ Stelle nicht zu streichen.

Der Kulturstandort Speyer darf durch übertriebenen Denkmalschutz für die ehem. Kirche St. Ludwig, wie er nach Informationen aus dem Gestaltungsbeirat droht, nicht gefährdet werden. Die Nutzung der Heiliggeist-Kirche durch das Zimmertheater wird als herausragend erwähnt.

Innerstädtische Verdichtung ist für den Wohnraummangel keine Lösung. Ebenso sei die Zweckentfremdungssatzung nicht zielführend; für das nächste Jahr wird eine Anfrage zur Evaluation angekündigt.

Zur Unterstützung der Vereine stellt er den **Antrag**: 30.000 € für einen Notfallfond für Vereine aufzulegen, als Pendant zum Nothilfefond der Verwaltung für Haushalte und dem Bundesprogramm für Gewerbebetriebe; ein Rettungsschirm für Vereine fehlt.

Der Haushalt mit schwarzen Zahlen ohne Erhöhung von Steuern oder Streichung von Leistungen sei erfreulich. Die CDU wird bei Annahme ihrer **Ergänzungsanträge** zustimmen.

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Hannah Heller:

Die Klimaaktivist:innen bezeichnet sie als verzweifelte junge Leute. Man tue zu wenig, trotz der spürbaren Veränderungen. Trotzdem werde sie sich nicht an das Pult kleben. Begrüßt wird die Anpassung der Hauptstraße an die Klimaauswirkungen. Die Stadt muss sich auf Naturkatastrophen vorbereiten und tut das auch.

Es gilt, bestehendes Grün zu schützen und Flächen für Insekten zu schaffen. Die Baumschutz- und die Grünflächensatzung können da unterstützen. Das Bauvorhaben St. Otto zeigt, dass dies nicht bei allen Planern angekommen ist. Nicht begrünte Stadtteile seien nicht sozial.

Dabei darf man den Klimaschutz nicht vernachlässigen. Positiv bewertet wird die neue Strategie mit dem Wuppertal-Institut. Der Haushaltsentwurf enthält 2023 zwar weniger Geld dafür, begrüßt wird aber die Überprüfung aller Investitionen auf Nachhaltigkeit. Die Grünen stimmen dem Ausgleich des Flugplatzdefizites nicht zu. Ebenso ist die wirtschaftliche

Nutzung des Waldes einzustellen, weshalb auch dem Forstwirtschaftsplan nicht zugestimmt wird. Gefordert ist eine zeitnahe Umstellung auf naturnahe Waldbewirtschaftung.

Ziel muss auch eine Verminderung des Müllaufkommens sein, ab 2023 gelten neue gesetzliche Regelungen. Seit 2014 warten die Grünen auf einen Verzicht der Glassäcke. Bis heute hätten 5,5 Mio. Säcke eingespart werden können; es zeichnet sich eine Wende ab. Flächenfraß und Flächenversiegelungen sind ebenfalls Themen, es ist eine Nettoentsiegelung notwendig. Zudem gebe es nicht zu wenig Parkplätze, sondern zu viele Autos. Die Fraktion ist sehr gespannt auf die Neuregelung der Parkraumbewirtschaftung und die Klausurtagung 2023.

Die Übernahme der Kontrolle des fließenden Verkehrs gegen Raser wird begrüßt. Die Bauleitplanung sollte sich nicht an Stellplätzen orientieren, sondern stattdessen das Fahrrad fördern. Gefordert wird auch, Fahrradabstellanlagen auf bereits versiegelten Flächen zu errichten und die Plätze der Kinderrechte besser miteinander zu verbinden.

Die Streichung der Stelle Gesundheitskoordination ist nicht demokratiefreundlich.

Da Energienothilfefonds auch für das Speyerer Engagement erforderlich sind, unterstützen die Grünen den CDU-Antrag. Abschließend erfolgt ein Appell an die Freiheitsrechte. Die Menschen hier haben diese Freiheit noch, daher werben die Grünen um Unterstützung für Geflüchtete aus Ländern, in denen diese Rechte nicht mehr existieren.

SWG-Stadtratsfraktion – Dr. Sarah Mang-Schäfer Heller:

Dank Kämmerei und starker Wirtschaft in Speyer kann ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Wichtiges Thema für die SWG ist die weitere Belebung der Innenstadt. Vom geforderten Konzept der Zwischenvermietungen in städtischen Gebäuden wurde bisher nichts gesehen. Die Stelle der Wirtschaftsförderung ist wiederbesetzt, nun gilt es, in die Gespräche mit Gewerbe und Gastronomie zu gehen.

Eine gute Anbindung der Innenstadt im ÖPNV ist notwendig, die SWG sieht einen guten Ansatz im neuen Busverkehr durch Fahrplan und Taktverdichtung. Die Kosten stehen fest, weshalb das stark verbesserte Angebot intensiv beworben werden muss. Auch der touristische Busverkehr muss an gut sichtbarer Stelle beworben werden. Für Familien aus SP-Nord soll ein interessantes Angebot erarbeitet werden, um das Auto stehen zu lassen.

In diesem Zusammenhang stellt die SWG den **Antrag**, den innerstädtischen Busverkehr an bestimmten Tagen am Wochenende kostenfrei anzubieten, nicht nur vor Weihnachten.

Der Parkplatzsuchverkehr ist sehr belastend und ein Ärgernis; er sollte zum Kernthema für die Verwaltung 2023 werden. Gefordert wird die Erweiterung des Verkehrsleitsystems zum Stadthallenparkplatz hin. Kostenfreies Kurzzeitparken muss erhalten bleiben.

Unterstrichen wir die Forderung der Konnexität. Kürzungen freiwilliger Leistungen zu Lasten von nicht auskömmlich finanzierten Auftragsangelegenheiten sind nicht akzeptabel. Gleiches gilt für die Kostenträgerschaft beim Schülertransport, geschildert am Beispiel Pestalozzischule.

Hinsichtlich der Entsiegelung im Stadtgebiet ist für den Abriss der leerstehenden KiTa am Eselsdamm und der Errichtung eines Bürgergartens keine Zeitschiene zu sehen.

Kritisiert wird auch die Transparenz des Informationsangebotes der Stadt. Daher stellt die SWG den **Antrag**, auf speyer.de eine zentrale Seite mit allen Notfallinformationen einzurichten und die Treffersuche zu verbessern.

Der Bürgerdialog hat gezeigt, dass die Kindestagesbetreuung in Speyer gefährlich unterbesetzt ist. Dabei war der Pressebericht über die halbtägige Brezelfestschließung das absolut falsche Signal. Sie **regt an**, dass zumindest die Essensbeiträge an geschlossenen Tagen zurückerstattet werden.

Die digitale Möglichkeit der Nachverfolgung von Verwaltungsprojekten wird nach wie vor vermisst.

Die Bearbeitungszeiten von Bauanträgen sind zu lang. Durch Digitalisierung bei Bauanträgen könnte dies deutlich verkürzt werden, insbesondere innerhalb der Geltung der Altstadtsatzung, z.B. bei Gebäudeanstrichen.

Weitere Themen sind die Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement und die Umsetzung von Investitionen im Haushalt, z.B. für die öffentlichen Toilettenanlagen am Festplatz oder in der Löffelgasse. Hier werden Begehungen mit den Nutzern der Gebäude gefordert.

AfD-Stadtratsfraktion – Benjamin Haupt:

Es wurde sicher auch Seriöses und Gutes geleistet, aber die AfD übt an mehreren Beispielen Kritik.

Gern wird von Transparenz gesprochen, interessanterweise wurde die öffentliche Übertragung von Ratssitzungen von der AfD angeregt.

Gesprochen wird von Vielfalt, gemeint ist Einfalt von politischer Meinung im Rahmen der Altparteien. Die Ratsmitglieder der AfD werden durch die Sitzungsführung der Oberbürgermeisterin systematisch an der Ausübung ihrer Rechte gehindert und unbotmäßig belehrt.

Höhepunkt war der Auftritt der OB und des CDU-Landtagsabgeordneten vor dem Dom. Dabei wurde die Neutralitätspflicht verletzt, was ein juristisches Nachspiel haben wird. Er spricht von einem Missbrauch der Pogrom-Opfer für linke Anti-AfD-Hetze.

Die Haushaltsrede ist das letzte offene Fenster für die AfD-Fraktion nach außen. Im Umfeld der OB werden inzwischen Leute wie die Beteiligungsmanagerin beschäftigt, die außerhalb ihres Dienstes linke Hetze betreiben.

Der Katastrophenschutz ist viel zu gering dimensioniert und die geplanten Wärmeinseln viel zu wenig. Die AfD erwartet von der Stadtführung einen umfassenden Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Außerdem fordert die AfD einen Rechenschaftsbericht über die Ausgaben der Gelder für den Jugendstadtrat.

Thematisiert wird auch die Kriminalität im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtung. Die bloße Nennung der Anzahl der Straftaten aus einer Anfrage der AfD im Landtag wurde mit Hass und Hetze quittiert. Dabei spricht die AfD nur das aus, was viele Wählerinnen und Wähler bewegt, durch die anderen Parteien aber längst ausblendet wurde.

Hinzu kommt eine systematische Gängelung von Bürgerinnen und Bürgern durch Satzungen und Verordnungen. Kritische Bürger werden dadurch vielleicht nicht zu Reichsbürgern, aber mehr und mehr zu „mir-reichts-Bürgern“. Kritisiert wird auch die Unverhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen in den vergangenen Jahren.

Die AfD fordert den Verzicht auf jede Grundrechtseinschränkung sowie die Umkehr zu grundlegenden demokratischen Strukturen; die AfD reicht dazu in christlicher Milde die Hand.

FDP-Stadtratsfraktion – Mike Oehlmann:

Die Gesellschaft befindet sich immer noch im Krisenmodus. Die Mahnungen der FDP, die Zeit der guten Wirtschaftsdaten zur Konsolidierung zu nutzen, fanden kein Gehör. Nach wie vor werden teure und alles andere als nachhaltige Beschlüsse gefasst. Dabei fehlt immer noch ein Konzept zur nachhaltigen Sicherung der kommunalen Finanzen.

Die FDP hat in der diesjährigen Haushaltsrede der OB keine visionären Inhalte und Impulse mehr gefunden. Offenbar verfällt sie immer mehr dem Motto: mehr verwalten als gestalten.

Steigende Kosten für Personal, Kinderbetreuung, ÖPNV tun das ihre. Gleichzeitig wird das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten, die FDP Speyer fordert von der eigenen Landtagsfraktion mehr Unterstützung. Das betrifft im Haushalt rund 18 Mio. € jedes Jahr und die Beträge werden künftig wohl eher noch steigen.

Die Stadt braucht eine funktionierende Infrastruktur und keine untauglichen Fahrradstraßen auf Teufel komm raus. Es ist nach Ansicht der FDP auch nicht Aufgabe des Stadtrates, Mittel im Haushaltsplan der Verwaltung zusammenzukratzen. Handfeste Probleme wurden einfach in die Zukunft verschoben.

Die Speyerer Gewerbetreibenden sorgen mit ihrer Gewerbesteuerkraft für eine Stützung des Haushalts. Speyer ist dabei Platz 2 in RLP nach MZ, nicht nur bei den Grundstückspreisen. Dazu ist eine Zentrale Wirtschaftsförderung notwendig, er vermisst aber die personelle Ausstattung. Die Stadt sollte eine digitale Plattform für Schüler und Studenten in Verbindung mit den Gewerbebetrieben betreiben, für Ideen, Praktika, Werksstudien und Personalgewinnung. Gewerbeflächen dürfen nur noch für Gewerbe vergeben werden. Erneut wird die Schaffung eines Gebäudes in Form eines Start-Up-Towers gefordert. Dabei wird ausdrücklich auch an das ehem. Stiftungs Krankenhaus oder die Postgalerie gedacht. Angesichts der Überlegungen für eine weitere militärische Nutzung der Kurpfalzkasernen sollte sich die Stadt um Erweiterungen anderer Flächen im Norden kümmern. Die Zusammenarbeit mit der VG Römerberg-Dudenhofen ist leider vorerst abgesagt.

Ausdrückliches Lob der FDP für bezahlbares Wohnen erfährt das GEWO-Projekt St. Otto. Wichtig sei auch die Forcierung des Infrastrukturprojekts Polygongelände. Ein digitales Verkehrsleitsystem in Verbindung mit der Verbesserung des ÖPNV wird unterstützt. Leider wird kein on-Demand-Verkehr integriert. Angeregt wird zur Innenstadtentwicklung ein Bürgerforum am Beispiel der Ludwigshafener LUKOM, das auch von Land gefördert wird.

Die Bewerbung Speyers zum Fördermittelprogramm „Innenstadtimpulse“ ist sehr zu begrüßen. Der Verkehrsversuch jedoch ist in diesem Zusammenhang falsch. Es entsteht eine Fußgängerzone, die extrem von Bus- Taxi- und Lieferverkehr befahren wird. Dafür wendet die Stadt 400.000 € auf; wenn überhaupt, dann sollte dies mit eigenem Personal gestemmt werden. Besser wäre es, eine verkehrsberuhigte Zone einzurichten, aber eine Sperrung ist unverantwortlich. Die Mittel hätte man besser für die Umgestaltung des Postplatzes verwendet. Eine individuelle Erreichbarkeit muss erhalten bleiben. Anwohnerparkplätze könnten auch am Naturfreundehaus und der ehemaligen KiTa Eselsdamm geschaffen werden.

Kritisch sei auch, die Geschwindigkeitsüberwachung freiwillig zu übernehmen, was droht, defizitär zu verlaufen. Die Maßnahmen diesbezüglich werden nicht unterstützt. Die Verwaltung wird gezwungen, über den Bedarf hinaus zu blitzen, um die Finanzierung zu sichern. Befürchtet wird zudem, dass dies zu Lasten anderer freiwilliger Leistungen, wie Kunst, Sport, Senioren etc. geht. Auch die sog. Kulturförderabgabe zur Einnahmegewinnung ist der falsche Weg für kleine und mittlere Betriebe.

Wichtig sind auch Investitionen in die Bildung. Dabei sind Schulen, Kindertagesstätten und Digitalpakt eigentlich Landesaufgaben.

Die Höhe der Liquiditätsverschuldung ist immer noch besorgniserregend hoch. Zur Personalentwicklung fordert die FDP eine umfassende Verwaltungsreform sowie die Beschleunigung von Verfahren. Eine Bezahlung außerhalb des Tarifsystems würde den Personalmangel dämpfen. 4 Sitzungen des Digital-Ausschusses pro Jahr sind nach Ansicht der FDP zu wenig.

Der Haushalt wird insgesamt abgelehnt, ebenso die angekündigte Diskussion um eine mögliche Erhöhung zu Steuern im kommenden Jahr.

Stadtratsfraktion Die Linke – Aurel Popescu:

An die Grünen gerichtet stellt Herr Popescu zu seinem Vorredner fest, es braucht offenbar keinen Sekundenkleber, um sich an dem Pult festzuhalten.

Es wird kalt. Mitten in der Hoffnung auf ein normales Leben kommt der Angriff vor unserer Haustür. Dies sei durchaus vergleichbar mit den Vorgängen in den Geschichtsbüchern, als es bei uns kalt wurde. Der Krieg trifft auch Speyer unmittelbar. Menschen kollabieren unter der Inflation, während im Bundesrat das Bürgergeld von konservativen Kreisen blockiert wird. Aber man muss vermutlich unterscheiden zwischen Eigentum und Eigentum.

Auf dem Immobilienmarkt hat in den letzten Jahren eine gigantische Umverteilung von 3,3 Billionen Euro von unten nach oben stattgefunden. Bei der Zweckentfremdungssatzung geht es um eine gerechte Verteilung des Wohnraums in der Stadt. Dafür kommt dann der Vorwurf von Aggression aus dem rechten Lager. Auch die Wettbürosteuer wird leider keine Einnahmen bringen. Die Kommunalaufsicht der ADD presst die Kommunen in ein immer engeres Korsett, während Bund und Land ungeniert Aufgaben ohne Kostenerstattung auf die Gemeinden abwälzen.

Für die Umgestaltung des Sankt-Guido-Stifts-Platz erwartet das Planungsbüro Ideen von den Bürger:innen; dafür auch noch Geld zu bezahlen, lehnt die Linke ab. Auch der Verkehrstötungsversuch in der Gilgenstraße wird abgelehnt. Der ÖPNV muss kostenlos werden, wie von der Linken schon vor Längerem beantragt. Thematisiert werden auch die Denkmalzone, die ehemalige St. Ludwigskirche und das Bauvorhaben St. Otto; dort wird der Baumschutz 3 hässlichen Betonklötzen geopfert.

Zur Situation in den Kindertagesstätten stellt die Linke erstaunt fest, dass der Kompensationsbau in der Wittelsbacher Straße zugunsten einer nur noch 4zügigen KiTa am Russenweiher aufgegeben wird, weil die Verwaltung offenbar wenige Familien mit Kindern im Neubaugebiet am Priesterseminar erwartet.

Ein patriarchalisches System gibt es nicht nur im Iran - die Täter sind fast immer Männer. Er zitiert dazu Aussagen aus der Rede eines Speyerer Ratsmitgliedes anlässlich der Diskussion um die Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln.

Die Linke dankt dem Ehrenamt und gratuliert der ältesten bayerischen Freiwillige Feuerwehr zum 175. Geburtstag 2023.

Speyer muss zusammenrücken, sonst wird es kalt.

Die Linke stimmt dem Haushalt mit den Änderungen aus dem Haupt- und Stiftungsausschuss zu. Aufwendungen für den Flugplatz und den S-Bahn-Halt (Standort) sowie der Forstwirtschaftsplan und die Ausgaben für die Sperrung der Gilgenstraße werden abgelehnt.

Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer! – Rosemarie Keller-Mehlem:

Die Haushaltsrede steht unter dem Motto „Unsere Welt neu denken. Eine Einladung“ (Buchtitel Maja Göpel) und befasst sich ebenfalls mit den Auswirkungen des Überfalls auf die Ukraine. Gedankt wird der Kämmerei für die Erstellung eines ausgeglichenen Haushaltes in dieser Situation. Die Haushaltsdaten zeigen, dass dem Konnexitätsprinzip nicht erforderlich Rechnung getragen wird, wie das Beispiel Digitalpakt zeigt: gut gedacht, aber schlecht gemacht, da alle Folgekosten an der Kommune hängenbleiben.

Schwerpunkt der UfS-Politik 2023 ist die gesunde Stadt Speyer als Nachhaltigkeitsziel 3 der vereinten Nationen. Die Zusammenarbeit in der Coronapandemie hat gezeigt, dass man bei übertragbaren Krankheiten konzertiert vorgehen muss. Gefordert wird ein integriertes Handlungskonzept von der Geburt bis zur Bahre. Weitere Aspekte sind:

1. Familienfreundliche Stadt.

Familien mit Kindern sind die Zukunft. Dies erfordert eine Anpassung des gesamten

gesellschaftlichen Handelns, auch beim Klima- und Naturschutz. Dazu gehören Frischkuchen in neuen und vorhandenen Kindertagesstätten, der Neubau des Frauenhauses, Spielplätze und kinderfreundliche Bauleitplanung sowie die Integration von Kindern aus der Ukraine. Notwendig ist auch eine leistungsgerechte Entlohnung für Tagespflegepersonen, was ebenfalls vom Land auf die Kommunen abgewälzt wurde.

2. Nachhaltige Stadtentwicklung

Der seit Jahren anhaltende Temperaturanstieg macht mehr Grün und mehr Wasser in der Stadt notwendig. Erforderlich sind Schattenplätze, Wasserspiele, Trinkbrunnen und die Neupflanzung von Bäumen. Der Freiflächenentwicklungsprogramm wird ausdrücklich begrüßt. Für den Lebensraum Wald braucht es eine nachhaltige Waldbewirtschaftung nach dem Lübecker Modell. Daher wird man dem Forstwirtschaftsplan 2023 so nicht zustimmen.

Gesundes Wasser: bereits 2017 wurde durch Frau Dr. Montero Muth die 4. Klärstufe in der Kläranlage gefordert. St. Otto, der Industriehof und Stiftungs Krankenhaus sind Möglichkeiten für Gesundes Wohnen. Dazu sollten Ideen aus dem LAGA-Projekt umgesetzt werden. Zentral ist auch die Umgestaltung des Postplatzes.

Es gibt erkennbare Bewegungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen. Kurzstrecken mit dem Fahrrad zu bewältigen, schafft Bewegung und schont die Umwelt. Fehlende Fahrradabstellplätze werden kritisiert. Das Parkraumbewirtschaftungskonzept und das Parkleitsystem sind wichtige Projekte.

3. Gemeinwohl und Demokratie

Besonders hervorgehoben wird das Ehrenamt als Stütze des Gemeinwesens.

Das Konzept einer „Gesunden Stadt“ umfasst weit mehr, als reine Gesundheitsangebote und soll das gesamte Leben der Stadtgesellschaft betreffen.

Ratsmitglied Freie Wähler Speyer – Claus Ableiter:

Die Haushaltsreden der Fraktionen werden als Hochfest der Kommunalpolitik bezeichnet.

Es liegt ein ausgeglichener Haushaltplan vor, Dank an die Speyerer Wirtschaft, die mit über 10 Mio. € Gewerbesteuer mehr dazu beitragen wird. Der Umstand ist aber auch ein Geschenk der allgemeinen Lage, wegen der niedrigen Zinslage sind die Zinszahlungen von 6 Mio. € auf etwa 1,5 Mio. € gesunken. Mit einem Wiederanstieg des Zinsniveaus wird dieser Vorteil wieder wegfallen, daher steht die Konsolidierung auf tönernen Füßen. Konnexität wurde von anderen Städten eingeklagt, nachdem der Kommunale Finanzausgleich zweimal für rechtswidrig erklärt wurde, von Speyer nicht! Der neuer Kommunale Finanzausgleich orientiert sich an den Durchschnittshebesätzen aller Kommunen, liegt man darunter, gibt es entsprechend keine Zuwendungen.

Er freut sich über die Ergänzungswache Nord und den beginnenden Neubau der Hauptfeuerwache. Eine Zukunftsaufgabe dieser Stadt ist der Klimaschutz; Speyer ist die Stadt mit den meisten Hitzetagen in Deutschland. Die SWS leisten bereits ihren Beitrag, Stadtverwaltung und Stadtrat nicht. Er plädiert wiederholt dafür, Windkraftanlagen an der A 61 zuzulassen, ebenso Solar-Anlagen auf möglichst allen Dächern. Dies würde durch eine Denkmalzone in der Innenstadt verhindert, genauso wie die Dämmung von Gebäuden. Begrüßt werde auch Fernwärme aus Erdwärme. Elektrofahrzeuge muss man nicht aus der Innenstadt verbannen. Gefordert wird eine Begrünung der Innenstadt, dort wo es geht. Im GEWO-Viertel in SP-Nord sollte der Waldcharakter wiederhergestellt werden. Es muss endlich gehandelt werden, statt großer Projekte zu schmieden.

In der Kreislaufwirtschaft sprechen sich die Freien Wähler für „Graue Energie“ aus, den Erhalt von vorhandener Bausubstanz, auch bei der Planung für das Stiftungs Krankenhaus. Weitere Themen sind der Fachkräftemangel und die Waldbewirtschaftung.

Die Freien Wähler werden dem Haushalt nicht zustimmen.

Ratsmitglied Wählergruppe Schneider – Matthias Schneider:

Die Rede startet mit einem Blick zurück. Vor einem Jahr fanden die sog. Montagsspaziergänge als friedlicher Protest gegen übergriffige Maßnahmen des Ordnungsstaates statt. Und in Speyer wurde bei der Regulierung fleißig mitgemacht. Höhepunkt war eine Ordnungsverfügung, die den Ausgang nachts unter Strafe stellte. Veranstaltungen des linken Speyerer Klüngels dagegen wurden erlaubt. Wo Linke herrschen, ist Protest nur zulässig soweit er der Festigung der eigenen Macht dient und aus den eigenen Reihen kommt. Ausgangssperren in Bayern wurden gerichtlich für rechtswidrig erklärt und im Ausland entschuldigen sich Politikerinnen für falsche Corona-Entscheidungen; ob dies in Speyer auch so sein wird?

Im Haushalt steigen die Personalausgaben, weil die Verwaltung immer mehr Aufgaben an sich zieht und alle möglichen Satzungen neue Bürokratie schaffen. 44 neue Stellen sind geplant, davon allein 11 für EDV und Digitalisierung. Es wird die Frage aufgeworfen, wo da die Effektivität bleibt, die EDV und Digitalisierung angeblich bringen sollen; aus Sicht der WGS ist das eher Selbstzweck.

Alle Positionen des Büro OB sind doppelt besetzt. Und weil auch die Klimareligion ihren Priester braucht, setzt man dort auch noch einen Manager hin. Man kann so viel Personal einstellen wie man will, das Weltklima wird davon keine Notiz nehmen.

Die sichtbare Unterstützung der Ukraine bezeichnet er als übergriffige und taktlose Parteinahme für eine Kriegspartei, auch gegenüber der Partnerstadt Kursk und den vielen russisch-stämmigen Bürgerinnen und Bürgern in Speyer.

Die Wählergruppe Schneider lehnt den Haushalt ab.

Nach den Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit 31 Stimmen mehrheitlich (bei 4 Gegenstimmen: FDP, Freie Wähler, WG Schneider sowie 1 Enthaltung: AfD):

Dem Haushaltsplan 2023 wird in der von der Kämmerei zuletzt vorgelegten Fassung (Veränderungsliste zum 15.12.2022) zugestimmt.

Auf Antrag aus den Haushaltsreden werden folgende Ergänzungen beschlossen:

Stellenplan:

Auf Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion wird die 0,5-Stelle „Gesundheitsmanagement“ im Stellenplan nicht gestrichen, sondern weiter im Stellenplan ausgewiesen. Sie soll im kommenden Jahr 2023 ausgeschrieben und besetzt werden.

Ergebnishaushalt:

Auf Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion wird die Aufnahme von 30.000,00 € für einen „Notfallfonds für Vereine“ beschlossen.

Protokollnotizen:

Die SPD-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer und den S-Bahn-Haltepunkt Süd betreffen.

Die Fraktion Die Linke gibt den gleichen Vorbehalt zu Protokoll. Die Ablehnung des S-Bahn-Haltepunkts Süd bezieht sich hier allerdings auf dessen geplanten Standort.

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Unabhängig – für Speyer! geben zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – dem Forstwirtschaftsplan 2023 nicht zustimmen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen zudem dem Verlustausgleich des Verkehrslandeplatzes aus städtischen Geldern nicht zu.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Finanzhaushalt 2022; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 61200.3151000 (Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft / Investitionskredite vom inländischen Geldmarkt/von Banken)

Vorlage: [1315/2022](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 111.540 € bei HHSt 61200.3151000 (Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft / Investitionskredite vom inländischen Geldmarkt/von Banken).

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2021 der Stadt Speyer

1. Feststellung des Jahresabschlusses

2. Entlastung der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2021

Vorlage: 1289/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Rottmann (CDU), übernimmt die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt und erläutert kurz den Prüfungsbericht, den der Rechnungsprüfungsausschuss am 23.11.2022 zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Eine weitere Aussprache wird nicht beantragt.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat folgende Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2021 der Stadt Speyer (§ 114 Abs. 1 GemO):

1) Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 (einstimmig)

Der geprüfte Jahresabschluss 2021 mit allen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 11.662.912,19 €

Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung: 9.430.407,26 €

Schlussbilanz:

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2020	31.12.2021		31.12.2020	31.12.2021
	€			€	
1. Anlagevermögen	379.553.705,15	379.865.419,97	1. Eigenkapital	73.076.066,10	84.735.519,04
2. Umlaufvermögen	44.111.583,93	36.546.515,14	2. Sonderposten	107.687.852,76	105.942.966,39
3. Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	3. Rückstellungen	58.142.202,22	59.461.460,36
4. Rechnungsabgrenzungsposten	1.439.450,11	1.444.854,53	4. Verbindlichkeiten	185.929.358,88	167.486.896,49
5. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	5. Rechnungsabgrenzungsposten	269.259,23	229.947,36
Summe Aktiva	425.104.739,19	417.856.789,64	Summe Passiva	425.104.739,19	417.856.789,64

2) Entlastung der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten (einstimmig, bei 1 Enthaltung: AfD)

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2021 der Stadt Speyer wird

- der Oberbürgermeisterin, Frau Stefanie Seiler,
- der Bürgermeisterin, Frau Monika Kabs,
- der Beigeordneten, Frau Irmgard Münch-Weinmann, sowie
- der Beigeordneten, Frau Sandra Selg,

Entlastung erteilt.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler, Frau Bürgermeisterin Kabs, Frau Beigeordnete Münch-Weinmann und Frau Beigeordnete Selg haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen. Die Sitzungsleitung erfolgte durch Ratsmitglied Hans-Peter Rottmann.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2020 der Bürgerhospitalstiftung

1. Feststellung des Jahresabschlusses

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes

[Vorlage: 1290/2022](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Rottmann (CDU), übernimmt die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt und erläutert kurz den Prüfungsbericht, den der Rechnungsprüfungsausschuss am 23.11.2022 zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Eine weitere Aussprache wird nicht beantragt.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Stiftungssatzung und § 114 Abs. 1 GemO folgende Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2020 der Bürgerhospitalstiftung:

1. Feststellung des Jahresabschlusses (einstimmig)

Der geprüfte Jahresabschluss der Bürgerhospitalstiftung zum 31.12.2020 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung 136.418,17 €

Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung 1.088.425,63 €

Bilanz:

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2019	31.12.2020		31.12.2019	31.12.2020
	€			€	
Anlagevermögen	34.316.780,18	33.336.402,90	Eigenkapital	31.393.115,34	31.529.533,51
Umlaufvermögen	3.733.668,65	4.734.222,81	Sonderposten	3.002.016,80	2.772.000,80
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	0,00	180.000,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	3.655.316,69	3.589.091,40
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	38.050.448,83	38.070.625,71	Summe Passiva	38.050.448,83	38.070.625,71

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes (1 Enthaltung – AfD):

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bürgerhospitalstiftung im Haushaltsjahr 2020 wird dem Stiftungsvorstand, bestehend aus

- Frau Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler,

- Frau Bürgermeisterin Monika Kabs sowie
- Frau Silke Schmitt-Makdice,
ehem. Leiterin Abteilung Finanzen, Controlling, Strategische Steuerung

Entlastung erteilt.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler und Frau Bürgermeisterin Kabs haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen. Die Sitzungsleitung erfolgte durch Ratsmitglied Hans-Peter Rottmann.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2020 der Waisenhausstiftung

1. Feststellung des Jahresabschlusses

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes

Vorlage: 1291/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Rottmann (CDU), übernimmt die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt und erläutert kurz den Prüfungsbericht, den der Rechnungsprüfungsausschuss am 23.11.2022 zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Eine weitere Aussprache wird nicht beantragt.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Stiftungssatzung und § 114 Abs. 1 GemO folgende Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2020 der Waisenhausstiftung:

3. Feststellung des Jahresabschlusses (einstimmig)

Der geprüfte Jahresabschluss der Waisenhausstiftung zum 31.12.2020 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 189.459,65 €

Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung: 705.901,58 €

Bilanz:

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2019	31.12.2020		31.12.2019	31.12.2020
	€			€	
Anlagevermögen	12.944.603,29	12.457.051,46	Eigenkapital	15.005.236,44	15.194.696,09
Umlaufvermögen	2.196.491,27	2.885.202,34	Sonderposten	0,00	0,00
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	135.858,12	147.557,71
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	15.141.094,56	15.342.253,80	Summe Passiva	15.141.094,56	15.342.253,80

4. Entlastung des Stiftungsvorstandes

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Waisenhausstiftung im Haushaltsjahr 2020 wird dem Stiftungsvorstand mit

- Frau Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler,
- Frau Bürgermeisterin Monika Kabs sowie

- Frau Silke Schmitt-Makdice,
ehem. Leiterin Abteilung Finanzen, Controlling, Strategische Steuerung

Entlastung erteilt.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler und Frau Bürgermeisterin Kabs haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen. Die Sitzungsleitung erfolgte durch Ratsmitglied Hans-Peter Rottmann.

Gegenstand: Verlängerung der Übergangsregelung zur Anwendung des § 2b UStG
Vorlage: 1320/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende informiert über die erneute Hinausschiebung des Termins bis 2025. Die Stadtverwaltung Speyer wird diese Option in Anspruch nehmen.

Für Herrn Ableiter ist die Umsatzsteuerpflicht der Kommunen wie wenn sich die Katze in den Schwanz beißt und dabei ein Stück verliert, zumal der Aufwand höher ist als der Ertrag. Er appelliert an alle Parteien in den Parlamenten, diesen Wahnsinn abzuschaffen.

Die Verwaltung beurteilt das im Wesentlichen genauso. Allerdings handelt es sich um gesetzliche Vorgaben, die von der Kommune umzusetzen sind.

Der Stadtrat nimmt die Informationen ohne Einwände zur Kenntnis.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Einführung einer Veranstaltungssatzung im Gebiet der Stadt Speyer
Vorlage: 1177/2022/2

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss und die daraus resultierende, geänderte Vorlage für den Stadtrat.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich den Erlass der als Anlage beigelegten „Satzung über die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen durch die Stadt Speyer“ inklusive Gebührenverzeichnis, die zum 09.01.2023 in Kraft tritt (bei 2 Gegenstimmen: AfD, WG Schneider).

Gegenstand: „Entwicklung des Standorts der Hauptstelle der Sparkasse Vorderpfalz“ in Speyer
hier: Information über den Siegerentwurf des privaten Architektenwettbewerbs der Sparkasse
Vorlage: 1310/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) erläutert in einem Kurzreferat anhand einer Präsentation den Siegerentwurf für die Umgestaltung der Sparkassen-Hauptstelle am Willy-Brandt-Platz. Dieser sieht einen Teilabriss und Neuanbauten in der Kubatur sowie eine große Umgestaltung des Platzes vor.

Herr Ableiter spricht von einem schönen Entwurf, obwohl die Sparkassen bundesweit üblicherweise die hässlichsten Gebäude haben. Die bisher vorhandenen „Grabsteinplatten“ werden offenbar entfernt.

Herr Czerny erkundigt sich nach eventueller Wohnbebauung in der Augustinergasse. Herr Nolasco erläutert, die Eingangsbereiche des Parkhauses werden zurückgenommen. Es ist eine gewerbliche Nutzung mit 3 Fassadenteilen vorgesehen (mit Büronutzung, ggf. auch Shared Office). Das Parkhaus war laut Vorsitzender nicht Teil des Auftrags, wurde von den meisten Büros aber mit aufgegriffen.

Frau Dr. Mang-Schäfer sieht einen sehr gelungenen Entwurf, möchte aber wissen, ob die Hagedornsgasse für eine Parkplatzanfahrt überhaupt ausgelegt ist, wenn Veranstaltungen stattfinden. Laut Herrn Nolasco wird die Mehrzahl der Stellplätze hauptsächlich über die nördliche Trasse angefahren.

Herr Ziesling erkundigt sich nach der Herkunft der Sandsteine für die Sandsteinfassade, nachdem es in der Region seit Langem keine Steinbrüche mehr gibt. Momentan befindet man sich laut Vorsitzender erst in der Vorstellung des Siegerentwurfs. Es sind noch keine weiteren Detailplanungen vorhanden.

Der Stadtrat nimmt die Information ohne Einwendungen zur Kenntnis.

Gegenstand: Innenstadtentwicklung – Bereich der Maximilianstraße
Vorlage: 1313/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die ausführliche Berichterstattung und Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion sowie die angepasste Vorlage. Der Stadtrat muss der Verwaltung nun den Auftrag für den nächsten Schritt zur Umgestaltung der Innenstadt geben, mit den neuen Rahmenbedingungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 4 Enthaltungen: FW, AfD, WG Schneider, Faust – Linke):

1. Der Stadtrat trifft eine Grundsatzentscheidung, die Maximilianstraße mit ihren unmittelbar angrenzenden öffentlichen Räumen an die sich verändernden klimatischen Bedingungen (Hitze und Starkregen) anzupassen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Planungsschritte unter Einbezug eines Dialogverfahrens mit der Stadtgesellschaft sowie den betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (gemäß Ziffer 2 der Begründung) durchzuführen.

Gegenstand: Nahverkehrsplan – Grundstücksentwicklung Heinkelstraße
Vorlage: 1319/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die ausführliche Beratung mit Tischvorlage im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion. Da das bisher präferierte Grundstück nicht im Eigentum der Stadt steht, ist ein Wechsel auf die andere Seite der Straße vorgesehen.

Nach Ansicht von Herrn Franck ist die Versiegelung dieses Geländes sehr schade. Die Stadt sollte nach Kompensationsmöglichkeiten suchen. Und das bitte nicht in Form des Ablasshandels.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung einstimmig, die Liegenschaft Heinkelstraße 8 im Rahmen des Vergabeverfahrens zum neuen Linienbündel sowie der vertiefenden Planung hinsichtlich der Elektrobus-Ladeinfrastruktur, weiter zu verfolgen.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 1305/2022

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion:

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Gestaltungsbeirat (12.):	neu: Dieter Seifert Im Binsfeld 167 für: Walter Feiniler	neu: Walter Feiniler (bisher Mitglied) für: Klaus Seither
Ausschuss für Digitalisierung (04.):	neu: Hendrik Hoffmann Verdistraße 33 (bisher Stv.) für: Henri Franck	neu: Henri Franck (bisher Mitglied) für: Hendrik Hoffmann
Ausschuss für Tourismus und Stadtmarketing (07.):	neu: Henri Franck für: Alenica Karl-Ullrich	(unverändert) Johannes Gottwald

2. Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Personalausschuss (16.):	neu: Ingrid Elgert Mausbergweg 7a (bisher Stv.) für: Jana Dreyer	neu: Petra Zachmann für: Ingrid Elgert

3. Auf Vorschlag der Fraktion Unabhängig – für Speyer!:

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit (06.):	(unverändert) Dr. Maria Montero Muth	neu: Ewald Gaden Martinskirchweg 31 für:

		Rosemarie Keller-Mehlem
--	--	-------------------------

4. Auf Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion (in der Sitzung):

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Personalausschuss (16.):	neu: Elke Sommermeyer Am Egelsee 14 für: Bernhard Saken	<i>unverändert</i> (Tobias Göck)

5. Auf Vorschlag des Jugendstadtrates

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (05.):	neu: Zorana Vujicic für: Vivienne Arbogast	neu: Vivienne Arbogast für: Zorana Vujicic

6. Auf Vorschlag der Grundschulen:

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Schulträgerausschuss (18.):	<i>unverändert</i> (Elke Steppe)	neu: Melanie Printer (Salierschule) für: Wolfgang Braunstein

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1306/2022

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Informationen liegen im öffentlichen Teil nicht vor.

Die Vorsitzende bedankt sich bei der Öffentlichkeit für das Interesse. Besonderer Dank geht an das Team des Offenen Kanals, das mit seiner ehrenamtlichen Leistung die Übertragung der Ratssitzungen ermöglicht.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16.1

Gegenstand: Finanzangelgenheiten

Der Stadtrat nimmt die Informationen ohne Einwendungen zur Kenntnis.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16.2

Gegenstand: Finanzangelegenheiten

Der Stadtrat nimmt die Informationen ohne Einwände zur Kenntnis.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17.1

Gegenstand: Tiefbauangelegenheiten

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die ÖPNV-Tischvorlage mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: AfD, FW und 1 Enthaltung: Franz – SWG)

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

- Die Vorsitzende teilt mit, dass endlich die positive Auskunft des Finanzamtes zum BFÜ-Modell im der Nahverkehrsplanung eingegangen ist.
- Zur Fluchtaufnahme wird für Mitte/Ende Januar eine Information im Ältestenrat angekündigt, nachdem die entsprechenden Gespräche der Kommunalen Spitzenverbände mit dem Integrationsministerium geführt wurden.
- Informiert wird auch über eine Große Anfrage zu Rettungsdiensten und Rettungsversorgung im Landtag. Seit geraumer Zeit ist die Verwaltung mit der Rettungsleitstelle in der Diskussion und versucht, ein Gespräch mit dem zuständigen Ministerium zu erhalten. Die Verwaltung bietet Anfang des kommenden Jahres eine Information im Rat oder dem Haupt-und Stiftungsausschuss dazu an.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2022



37. Sitzung des Stadtrates 15.12.2022 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!